

Griechenland

NIKOS FRANGAKIS

Mehrere Ereignisse im Zeitraum 1998-1999 könnten sich für die Zukunft Griechenlands in der sich schnell entwickelnden EU von Bedeutung erweisen.

Griechenland ratifizierte pflichtgemäß den Vertrag von Amsterdam ohne viel Aufhebens und bereitete sich auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 mit geringen, wenn überhaupt, „europäischen Bemühungen“ vor. Die griechische Wirtschaft versäumte den Euro-Start am 1. Januar 1999, bemüht sich aber nun Fuß zu fassen um der Euroland-Gruppe rechtzeitig zur endgültigen Einführung des Euro im Jahr 2002 beizutreten; sie hat außerdem ein gutes Ergebnis aus den Verhandlungen um die Agenda 2000 erzielt. Dennoch hat der einsame Stand Griechenlands in der Kosovo-Krise, zusammen mit dem geringen Engagement der EU in diesem Teil des Balkans, einen neuen Kreislauf der Unsicherheit darüber, zu wem das Land nun schließlich gehört, in Bewegung gesetzt. Da dies so schnell auf die zermürbende Krise um den Kurdenführer Abdullah Öcalan und die erneuten Spannungen in den griechisch-türkischen Beziehungen folgte, erzeugen solche Unsicherheiten eine Gegenströmung, welche die Beziehungen Griechenlands zur Europäischen Union in einem unsicheren Gleichgewicht hält.

Die Drachme auf dem Weg zur Teilhabe am Euro

Die zweite Hälfte des Jahres 1998 und die ersten Monate 1999 haben einen Erfolg der im März 1998 beschlossenen Vorgehensweise gezeitigt: Unter dem Deckmantel einer neuen Ausrichtung nach dem zentralen Wechselkurs des ECU und mit dem Hinweis darauf, daß Griechenland nur über eine Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik rechtzeitig die dritten Stufe auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erklimmen könne, wurde die Abwertung der Drachme um 14% fortgesetzt. Das Vertrauen in die Drachme und zu dem Entwurf der griechischen Regierung wurde sofort wiederhergestellt und fegte das Mißtrauen weg, mit dem Griechenland von Ende 1997 bis März 1998 von den Märkten beäugt worden war. In der Folgezeit hoben wichtige Kapitalflüsse den Wert der Drachme an, wodurch die Abwertung größtenteils absorbiert und der inflationäre Stoß dieser Bewegung geschwächt wurde. Solche Bedingungen erlaubten es, daß die „Harte Drachme“-Politik wiederaufgenommen wurde, um die Währung und die Wirtschaft zu einer Konvergenz mit Maastricht zu bringen.

Ende 1998 konnten die Regierung und die Bank von Griechenland mit einiger Sicherheit und Verlässlichkeit voraussagen, daß die Konvergenzkriterien Ende 1999

erfüllt würden, was eine Kandidatur Griechenlands für den Euroland-Status im März 2000 gestatten und die Teilhabe an der letzten Stufe der WWU ab 2002 gewährleisten würde.

Die Zustimmung der Europäischen Kommission und der Besuch bei Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Wim Duisenberg, bestärkten wiederum den Entschluß der Regierung unter Konstantinos Simitis, ihren Kurs beizubehalten. Die eindrucksvolle, rapide Abnahme der Inflationsrate auf weniger als 3% im April 1999 gestatteten es einem der Direktoren der Bank von Griechenland, eine Inflation von 2% für das dritte Quartal des Jahres vorauszusagen. Tatsächlich haben die deflationären Tendenzen, die sich in der europäischen Wirtschaft zeigen, das Maastrichter Inflationsziel (der Durchschnittswert der drei besten europäischen Länder plus 1%) nun sogar noch tiefer gedrückt, was es schwierig für Griechenland macht, rechtzeitig das Ziel zu erreichen.

Neben dem Anstieg der Ölpreise schlug sich auch die Kosovo-Krise im Frühjahr 1999 – weit stärker als auf einen der anderen Mitgliedstaaten – auf Griechenland nieder und setzte die Wirtschaft in ihrem Bestreben nach Inflationserfüllung unter Druck.

Der WWU-Beitritt als Politikum

Mit Jahresbeginn 1999 fand die Spekulation weite Verbreitung, daß Griechenland als das Ergebnis eines „politischen Handels“ der Simitis-Regierung mit ihren europäischen Partnern eventuell zur dritten Stufe der WWU Zutritt finden könne. Die EZB und – wenn auch mit weniger Engagement – die griechische Regierung versuchten solchen Mutmaßungen zu begegnen. Sie machten darauf aufmerksam, daß solch eine „politische“ Herangehensweise mit den Satzungsregeln der WWU unvereinbar sei und unnötige und möglicherweise schadende Spannungen in Griechenlands Beziehungen zu seinen europäischen Partnern bringen würde. Unter Bezugnahme auf das Protokoll über die Konvergenzkriterien nach Art. 121 EGV erklärte Premierminister Simitis abschließend, daß Griechenland ausschließlich „aufgrund seiner eigenen Verdienste“ an der WWU teilnehmen werde.

Das obige Gerücht wurde durch die Tatsache genährt, daß die Europäische Kommission und die EZB darüber beraten haben, einen gewissen Grad an Flexibilität bei der Anwendung des Kriteriums der Preisstabilität einzuführen. Wenn man bedenkt, daß ursprünglich eine Inflationsrate von 2% von der EZB festgesetzt wurde, um „Preisstabilität“ zu schaffen, und daß Europa nach der Festlegung der Wechselkurse und der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 jetzt unter effektiven WWU-Bedingungen lebt, dann wäre es unnötig hart, eine unnatürlich niedrige Inflationsrate der WWU-Neuankömmlinge zu fordern. Darüber hinaus ist nicht jeder in Europa allzu zuversichtlich, daß eine Verminderung des Geldumlaufs notwendigerweise eine gute Sache ist.

Die Diskussion hat in der Tat politische Untertöne – und die Drachme würde von einem allgemeinen Klima der Flexibilität hinsichtlich der Beitrittsbedingungen profitieren. Dennoch war kein „politischer Handel“ in Sicht. Dann, am 8. Mai 1999,

entstand eine gewaltige Nachfrage nach der Drachme, nachdem Gerüchte laut geworden waren, daß die Drachme über das Wochenende abgewertet werden würde, um vom derzeitigen Wechselkurs von 325 Drachmen/Euro einen Kurs von 353 Drachmen/Euro zu erreichen und dann in einem Vorkaufszugang zur WWU den Wechselkurs festzulegen. In wilden Mutmaßungen wurde solch ein „politischer Handel“ mit der nachgiebigen Position der Simitis-Regierung assoziiert, die diese – trotz der heftigen Kritik der Öffentlichkeit an der NATO, dem Bombardement und zunehmend auch an Europa – in der Kosovo-Krise einnahm. Nach einigen Schwankungen waren die Reserven der Bank von Griechenland erschöpft. Dennoch hielt sich die Währung – aber ein kleiner Eindruck der Arrangements, die zu der WWU-Teilnahme führen, war offensichtlich geworden.

In Anbetracht dessen, daß ein Beitritt normalerweise beim mittleren Kurs erfolgt, wird es, je näher die Drachme dem Zeitpunkt kommt, an dem sie sich mit dem Euro zusammenschließt, wahrscheinlich ein sehr gewinnbringendes Entscheidungsverfahren über die Drachme geben. Besonders vom Sprecher der Opposition, George Alogoskoufis, wurden Forderungen danach geäußert, eine Umrechnung zu dem dann vorliegenden und nicht zu dem mittleren Wechselkurs vorzunehmen. Ebenfalls diskutiert wurde die Möglichkeit, die Festsetzung des endgültigen Kurses durch eine Neubewertung (wie im Fall Irlands) vorzunehmen. Unter den Diskutanten herrscht momentan das Klima eines ungemütlichen Waffenstillstandes.

Routine im Umgang mit dem EU-Alltag

Griechenland wird zunehmend ein berechenbares EU-Mitglied mit normalisierten Reaktionen und EU-Reflexen, wie die Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam beispielhaft zeigt:

Griechenland war einer der Nachzügler in der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages (das griechische Parlament stimmte im März 1999 für die Ratifizierung). Ungeachtet des zeitlichen Vorlaufes blieb eine öffentliche Debatte über die Vorzüge oder Fehler oder zumindest den Inhalt und die Bedeutung des Vertrages aus. Abgesehen von negativen Äußerungen der Kommunistischen Partei und der Demokratischen Sozialen Bewegung (eine radikale linke Splittergruppe der regierenden Sozialisten der PASOK), gab es keine wirkliche Opposition gegen die Ratifizierung, obwohl einige Teile der PASOK antieuropäisch eingestellt sind. Auch die Spaltung der traditionell pro-europäischen Linken Allianz (Eurokommunisten) in Europabefürworter und -Gegner zog kaum Aufmerksamkeit auf sich, wie die knappe Berichterstattung der Presse über die Ratifizierung, und das nur oberflächliche wissenschaftliche Interesse zeigen.

Befriedigung über die Ergebnisse der Agrarreform

Die öffentliche Diskussion über die Agenda 2000-Verhandlungen ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Griechenland sich – sogar in recht außergewöhnlichen Situationen – an das EU-Geschäft gewöhnt. Griechenland begann die Verhandlungen über die Agenda 2000 zunächst mit bösen Vorahnungen hinsichtlich der

Konsequenzen, die sich aus der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ergeben würden, und in Ungewißheit über die finanzielle Unterstützung, die für die griechische Wirtschaft aus dem Strukturfonds erhältlich wäre. Tatsächlich sind die Ergebnisse des Paketes, das auf dem Berliner Gipfel beschlossen wurde, für Griechenland recht akzeptabel, da die Renationalisierung der GAP zwar diskutiert, aber nicht verabschiedet wurde. Zudem sind Mittelmeerprodukte am wenigsten von einer Reform betroffen, die sich hauptsächlich auf Milchprodukte, Rindfleisch und Getreide und nur in begrenztem Maß auf Wein konzentriert. Die Unterstützung aus dem Strukturfonds wurde für die Zeit von 2000-2006 auf einem Niveau festgelegt, das dem von 1994-2000 vergleichbar ist. Dies bedeutet, daß Griechenland mit einer Zunahme des Bruttoinlandproduktes von mehr als 4%, das der EU-Struktur-Unterstützung hinzuzufügen ist, rechnen kann. Zudem werden alle Infrastrukturprogramme, die unter dem aktuellen „Santer-Paket“ nicht beendet wurden, zunächst fortgesetzt.

Obwohl die Öffentlichkeit die Verhandlungen über die Agenda 2000 mit Interesse verfolgte, blieb die politische Debatte gedämpft. Aufmerksamkeit erzielte Griechenlands aktive Unterstützung Spaniens in der Bemühung, die Erosion der Regional- und Kohäsionsunterstützung zu verhindern. Auch die Vorschläge der deutschen Präsidentschaft, mit der nationalen Kofinanzierung der GAP-Aktivitäten fortzufahren wurden mit Interesse aufgenommen, traten in der öffentlichen Debatte aber weit hinter den Ereignissen im Kosovo zurück.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Ein letztes Beispiel für die routinierte Behandlung des EU-Themas ist die extrem geringe Vorbereitung auf die Europawahlen im Juni 1999. Größere politische Unruhen wie die Affäre um Abdullah Öcalan und noch wichtiger die Kosovo-Krise entzogen der Vorbereitung für die europäischen Wahlen im Frühjahr 1999 das Interesse der Öffentlichkeit. Der Wahlkampf der meisten Parteien begann spät (die größte Oppositionspartei, Neue Demokratie, hatte ihn vor Mitte Mai noch nicht richtig begonnen) und war absolut auf das Inland konzentriert: europäische Fragen waren nur indirekt präsent.

Im Vorfeld der Wahlen wurden zwei neue Parteien gegründet, die im Juni ihren ersten Kontakt mit den Wählern hatten: die Liberale Partei des ehemaligen Neue-Demokratie-Mitglieds und Ministers Stefanos Manos und eine extreme rechte Bewegung. Eine weitere neue Partei, die von dem Neue-Demokratie-nahen Bürgermeister Athens, Dimitris Avramopoulos, lediglich angekündigt wurde, hielt sich schließlich von den Wahlen fern.

Die Öcalan-Affäre als Saat einer neuen Identitätskrise.

Im Januar 1999 suchte Kurdenführer Abdullah Öcalan Zuflucht in Griechenland. Da die Regierung sich von Komplikationen im Zusammenhang mit Öcalan fernhalten wollte, bemühte man sich, einen sicheren Hafen für den Kurdenführer außer-

halb Griechenlands zu finden. Öcalan reiste schließlich nach Kenia aus, wo ihm Asyl in der griechischen Botschaft garantiert wurde. Als er diese verließ, um zum Flughafen gebracht zu werden, wurde er von türkischen Sicherheitskräften entführt, in der Türkei wegen Terrorismus und separatistischer Aktivitäten angeklagt und schließlich zum Tode verurteilt.

Während der langwierigen Öcalan-Krise, in der die griechischen Autoritäten oft von Einzelpersonen verdrängt wurden, die nach ihren privaten Möglichkeiten und Interessen handelten, jedoch in Wirklichkeit Dinge durchführten, die sich zur Außenpolitik entwickelten, wandte sich die griechische Öffentlichkeit massiv gegen die Handlung der Regierung, die als Unschlüssigkeit und als Verrat an Öcalan und Beugung unter türkischem, amerikanischem und allgemein westlichem Druck betrachtet wurde. Drei Minister, unter ihnen der hochprofilierter Außenminister Theodoros Pangalos, mußten aufgrund ihrer Beteiligung an der Affäre zurücktreten. Massive Sympathiebekundungen für Öcalan und antitürkische Demonstrationen wurden organisiert.

Um der öffentlichen Kritik zu begegnen, versuchte die Regierung, einen Teil der Öcalan-Affäre auf eine EU-Sitzung zu verschieben. Vor dem Hintergrund, daß Italien und Deutschland einige Monate zuvor eigene Erfahrungen im Umgang mit Öcalan gemacht hatten, sträubten sich die europäischen Partner entschieden dagegen, sich auf diese Frage einzulassen und den Fall auf europäischer Ebene zu lösen. Es gab zwar Appelle des Rates an die Türkei, einen fairen Prozeß zu führen, und auch das Europäische Parlament bekundete Interesse am Schicksal des kurdischen Führers. Die Aufmerksamkeit, die das Thema dort erzielte, war jedoch nicht im entferntesten vergleichbar mit der Haltung der griechischen Öffentlichkeit. Durch den geringen Rückhalt, den Griechenland in dieser Frage erhalten hatte, erhielt die griechische Angst „nicht zum Westen zu gehören“ erneut Nahrung.

Der dunkle Schatten der Kosovo-Krise

Die Öcalan-Affäre und ihre Bedeutung für die Position Griechenlands innerhalb Europas Gefüges verschwand mit der Kosovo-Krise aus dem Rampenlicht. Bedingt durch die geographische Nähe hat das Geschehen auf dem Balkan seit März 1999 ein Monopol auf Griechenlands Aufmerksamkeit errungen. Einmal wieder fand sich die Öffentlichkeit in Diskrepanz zur vorherrschenden Analyse der NATO-Intervention im Kosovo und dem früheren Jugoslawien; der Großteil der Presse und alle elektronischen Medien unterstützten die öffentliche anti-amerikanische Haltung, die, wenn man den öffentlichen Meinungsumfragen Glauben schenkt, sich nie zu weniger als 92% gegen die NATO-Bombardierung richtete. Massendemonstrationen für die Unterstützung der Serben wurden von Beginn der Krise an organisiert, lange bevor sich öffentlicher Widerspruch in anderen europäischen Ländern (mit Ausnahme Italiens) zeigte.

Die Untätigkeit Europas wurde verspottet, und der Berliner Gipfel, wo die Regierungschefs der 15 über Milchquoten und strukturelle Hilfen diskutierten, während die NATO über Krieg und Frieden entschied, wurde lächerlich gemacht.

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

Die Simitis-Regierung versuchte entschieden, der öffentlichen Meinung zu entsprechen und vertrat in der NATO den Standpunkt der „am geringstmöglichen Meinungsverschiedenheit“. Griechenland gab der NATO-Intervention vielfältige, aber diskrete Unterstützung, wobei es nicht am Kampf teilnahm und wiederholt Gedanken an einen Bodentruppeneinsatz seitens der Allianz zurückwies; es bot humanitäre Hilfe an, aber zögerte, ein großes Kontingent an Kosovo-Flüchtlingen aufzunehmen; hauptsächlich versuchte man, innerhalb des EU-Rahmens zu handeln.

Die Beurteilung über die Effektivität solch einer Taktik steht noch aus, aber das Gefühl, „zu Europa zu gehören“, befindet sich in Anbetracht der Differenzen über den Umgang mit der Kosovo-Krise und der Öcalan-Affäre sowie durch die Unsicherheit über die Teilnahme an der letzten Stufe der WWU auf einem ziemlich tiefen Stand.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Christiane Roßbach, Freie Universität Berlin.

Weiterführende Literatur

- Beremes, Thanos: *Greece, the Balkans and the European Union*, Bonn 1998.
- Buzelay, Alain: *Le financement structurel communautaire face aux difficultés de l'économie grecque*, in: *Revue du marché commun et de l'Union européenne* 424 (1999), S. 46-52.
- Dimakopoulos, Kostas: *Griechenland und der Unionsbürger*, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 6 (1998), S. 262-266.
- Spanou, Calliope: *European integration in administrative terms: a framework for analysis and the Greek case*, in: *Journal of European Public Policy* 3 (1998), S. 467-484.
- Stavridis, Stelios; Theodore Coulombis; Thanos Veremis; Neville Waites (Hrsg.): *The foreign policies of the EU's Mediterranean states and applicant countries in the 1990's*, London 1999.